

II-99 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 79/13

1979 -07- 04

A N F R A G E

der Abgeordneten WIMMERSBERGER, BURGER
und Genossen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend Fehlen eines Gesamtkonzeptes der Bundesregierung
zur Investitionsförderung

Vor kurzem wurde nach mehrjährigen Ankündigungen und Bemühungen eine internationale Autofirma mit der Produktion von Automotoren seitens der Bundesregierung nach Österreich gebracht. Allerdings war dies ein sehr kostspieliges Vorhaben. Die Bundesregierung hat dem amerikanischen Konzern General-Motors einen Bundeszuschuß von 1,5 Mrd.S, abgesehen von sonstigen Begünstigungen, für die Errichtung eines Werkes für 1.500 Arbeitsplätze versprochen.

Somit kostet dem Steuerzahler ein Arbeitsplatz 1 Million Schilling. Abgesehen von diesem kostspieligen Subventionsgeschenk an eine ausländische internationale Firma, ist die Wahl des Standortes mehr als problematisch. In diesem Großballungsraum ist die Arbeitsplatzsituation noch wesentlich günstiger als in einer Reihe von überalterten Industriezonen wie zum Beispiel in der Obersteiermark und hier im besonderen im Raum Judenburg, wo dringend neue Arbeitsplätze gebraucht würden.

So sind in Judenburg in der verstaatlichten Industrie rund 1.500 Arbeitsplätze in Gefahr. Es wäre also ein Gebot der Stunde gewesen, in diesen strukturgefährdeten Industriegebieten durch Ansiedlungsmaßnahmen von Betrieben neue und sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Was ist die Ursache für die Standortwahl des General-Motor-Projektes im Raume Wien ?
- 2) Wurden auch andere Standorte dem Investor von der Regierung angeboten und wenn ja, welche ?
- 3) Wenn nein, warum und aus welchen Gründen wurde dies nicht getan ?
- 4) Wurde die ÖIAG, bevor die Standortentscheidung durch die Bundesregierung gefallen ist, um deren Vorschläge befragt ?
- 5) Welche Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung geplant, um im Raum Judenburg, wo in der verstaatlichten Industrie rund 1.500 Arbeitsplätze in Gefahr sind, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen ?